



HESSISCHER LANDTAG

15. 05. 2018

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Konsequenzen aus dem zweiten Hessischen Landessozialbericht ziehen - Landesaktionsplan gegen Kinderarmut realisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Gerade die Armut bei Kindern und Jugendlichen ist eine Schande für ein reiches Land. Die Armutsrisikoquote bei Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren liegt bei 21 Prozent. Die Quote von Kindern und Jugendlichen im SGB II Bezug steigt deutlich (2016 13,8 gegenüber 2011 12,6) im Land wie in fast allen kreisfreien Städten und Kreisen. Sie liegt weit über der Quote der westdeutschen Bundesländer (12,7). Armut von Kindern und Jugendlichen äußert sich nicht nur in materieller Hinsicht; die Folgen sind eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe, Benachteiligungen bei der Bildung und in der gesundheitlichen Entwicklung.

Der Landtag stellt fest,

dass Kinder aus unteren Sozialschichten deutlich schlechtere Chancen besitzen, ein gesundes Leben zu führen und einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Außerdem ist ein enger Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status eines Menschen und seiner Lebenserwartung zu erkennen. (Landessozialbericht S. 219/220)

Die Maßnahmen der Landesregierung sind unzureichend. Im zweiten hessischen Sozialbericht erläutert sie lediglich die bereits stattfindenden Aktivitäten, die allerdings nicht zu einem Abbau von Kinderarmut führen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich umfassende Maßnahmen gegen Kinderarmut zu entwickeln. Dazu gehören:

Sicher und gesund zur Welt kommen

Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass für jede Geburt eine Hebamme zur Verfügung steht. Sie soll darüber hinaus den Eltern Unterstützung bei der Geburtsvorbereitung und der Nachsorge anbieten. Alle Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, die frühen Hilfen in Anspruch zu nehmen und Unterstützung in den ersten Lebensjahren zu erhalten. Kindergesundheit beginnt bei Beratung und Unterstützung der Eltern bereits vor der Geburt. Wir brauchen mehr Kinderärztinnen und -ärzte sowie eine flächendeckende Versorgung mit psychiatrischen und psychologischen Fachkräften. Es ist aber auch eine öffentliche Aufgabe, für gute Bedingungen für ein gesundes Aufwachsen zu sorgen.

Kitas kostenfrei mit guter Qualität

Die Kindertagesstätten sollen gebührenfrei und personell gut ausgestattet werden. Die Betreuungszeiten müssen eine Vollzeitwerbstätigkeit möglich machen.

Ganztagsschulen ausbauen

Echte, rhythmisiert und inklusiv arbeitende Ganztagsschulen bieten gerade Kindern aus armen Familien einen umfassenden Zugang zu Bildung. Dazu gehören eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, themenübergreifende Projektarbeit und Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung.

Kostenfreies Mittagessen in den Bildungseinrichtungen

Alle Kinder brauchen ein kostenloses, gesundes und qualitativ hochwertiges Mittagessen in Kitas und Schulen. Auch Ausflüge, Bastelmaterial und Lernmittel müssen kostenfrei zur Verfügung stehen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Kostenfreie Schülerbeförderung

Für den Weg in die Bildungseinrichtung dürfen keine Kosten entstehen. Deshalb soll es ein kostenloses Schülerticket für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Wohnort und Entfernung zur Schule geben.

Mehr bezahlbare Wohnungen

Mehr bezahlbare Wohnungen sind in Hessen dringend erforderlich. Diese müssen barrierefrei und kindgerecht ausgestattet werden. Kinder brauchen einen ruhigen Platz zum Lernen und Platz zum Spielen. Die Landesregierung muss die Kommunen und die kommunalen Wohnungsbauvereinigungen in die Lage versetzen, kostengünstig Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Kinderrechte und Jugendarbeit stärken

Kinder haben Rechte, sie sollen in ihrem Lebensumfeld mitsprechen können. Jugendverbände brauchen mehr Unterstützung, damit sie Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien ohne Diskriminierung beteiligen können. Freizeiten und Reisen sind für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen kostengünstig anzubieten.

Gute Arbeit - keine Minijobs und prekäre Beschäftigung

Kinderarmut ist meistens Elternarmut. Eltern brauchen Beschäftigungsverhältnisse, die sich mit der Familie vereinbaren lassen. Diese müssen allerdings aktuell und in der Rentenzeit existenzsichernd sein. Die Landesregierung hat bei allen Verträgen und Vergaben darauf zu achten, dass diese Grundsätze erfüllt sind. Besonders alleinerziehende Eltern benötigen gute Arbeitsverhältnisse und eine passende Infrastruktur.

Perspektiven bieten – mehr öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen

Arbeitslose Eltern und diejenigen im Sozialleistungsbezug brauchen wirksame Unterstützung, um eine existenzsichernde Beschäftigung zu erhalten, die mit Kindererziehung vereinbar ist. Beschäftigung im öffentlichen Dienst muss entsprechend dem Bedarf an Dienstleistungen ausgebaut werden, Arbeitsverhältnisse dürfen nicht sachgrundlos befristet und die Rückkehr zur Vollzeit muss jederzeit möglich sein. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor soll dies unterstützen.

Kindergrundsicherung einführen

Auf Bundesebene muss sich das Land Hessen für eine eigenständige Kindergrundsicherung einsetzen. Für jedes Kind muss mindestens das Existenzminimum vorhanden sein.

Wiesbaden, 15. Mai 2018

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler